

Rechte Demo in Berlin: Hundert Neonazis skandieren gegen die Freiheit!

Rechte Demonstration am 26.04.2025 in Berlin: Teilnehmer fordern Grenzkontrollen, während Gegendemonstranten kräftig protestieren.



Alexanderplatz, Berlin, Deutschland - Am vergangenen Samstagnachmittag versammelten sich mehrere Hundert Menschen zu einer rechten Demonstration nahe dem Berliner Alexanderplatz. Die Veranstaltung wurde von dem rechten Bündnis „Gemeinsam für Deutschland“ organisiert, welches sich als „parteilos“ bezeichnet, jedoch enge Verbindungen zur AfD hat. Während die Organisatoren von etwa 3.500 Teilnehmern sprachen, zählte die Polizei rund 300 Teilnehmer. Unter den Anwesenden befanden sich überwiegend junge Neonazis, Anhänger der Querdenken-Szene und angeblich friedensbewegte Personen mittleren Alters. Die Demonstration war geprägt von Deutschlandflaggen und Neonazi-Slogans, darunter die Forderungen nach Grenzkontrollen sowie einer

Wende in der Migrationspolitik.

Ein hoher Vertreter der neonazistischen Szene, Julian M., der kürzlich zu über drei Jahren Haft verurteilt wurde, war ebenfalls anwesend, hat seine Haftstrafe jedoch noch nicht angetreten. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Robert Farle von der AfD äußerte auf der Demo, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland bedroht sei. Besonders auffällig war die Sympathie der Teilnehmer für das russische Regime, was sich in Slogans wie „Keine Waffen für die Ukraine“ niederschlug. Laut **Tagesspiegel** musste die rechte Demo vorübergehend stoppen, weil Gegendemonstranten die Strecke blockierten.

Gegendemonstrationen und zunehmender Widerstand

Die Gegendemonstranten waren mit rund 500 Personen zahlenmäßig überlegen und nahmen an mehreren Kundgebungen in Berlin teil. Diese Gegenbewegungen zeigen, dass die Gesellschaft in zunehmendem Maße gegen extremistische Strömungen mobilisiert. Die Demonstrationen der Rechten stehen im Kontext des europaweiten Rechtspopulismus, der seit der Mitte der 1980er Jahre deutlich an Einfluss gewonnen hat. Zu den Charakteristika dieser Bewegung zählen Nativismus, Populismus und eine autoritäre Grundhaltung, die sich gegen Vielfalt und Integration richtet.

Der Begriff „Rechtspopulismus“ beschreibt politische Strömungen, die mit fremdenfeindlichen Narrativen arbeiten, um breitere Wählergruppen zu mobilisieren. Diese Strömungen finden sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ländern wie Frankreich, Italien und Österreich, wo rechtspopulistische Parteien wie der Front National oder die FPÖ prominent vertreten sind. In der politischen Landschaft werden diese Parteien oft als Verteidiger der vermeintlichen Identität und Werte des „wahren Volkes“ dargestellt, was zu einer Ausgrenzung „nicht-Zugehöriger“ führt. Dies wurde in den letzten Jahren verstärkt, als viele etablierte Parteien begannen,

Themen und Ansprachen der Rechten zu übernehmen.

Populismus und seine Folgen

Populismus wird oft als eine Haltung verstanden, die sich gegen die politischen Eliten richtet und für das „einfache“ Volk eintritt. Der Erfolg populistischer Bewegungen beruht auf der Ausnutzung von Ängsten und Unsicherheiten, die durch gesellschaftliche Veränderungen und Globalisierung entstehen. In einer Zeit wachsender Verunsicherung erfahren populistische Parteien, die den gesellschaftlichen Wandel mit kultur- und identitätsbezogenen Diskursen verknüpfen, starken Zulauf. Ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten werden oftmals als Feindbilder stilisiert.

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, ist es notwendig, dass etablierte Parteien klare Wertepolitik betreiben und sich fest gegen extremistische Strömungen positionieren. Eine Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus könnte durch Problemlösungen, symbolische Repräsentation und umfassende politische Diskurse erfolgen, um den Herausforderungen, die diese Artikulationen abverlangen, auf adäquate Weise zu begegnen. Der **Bundeszentrale für politische Bildung** hebt hervor, dass das Engagement gegen populistische und extremistische Bewegungen von zentraler Bedeutung für die Zukunft der Demokratie ist.

Das gewaltsame Auftreten von Neonazis und die Mobilisierung durch rechtspopulistische Gruppen zeigen, dass sich der gesellschaftliche Diskurs verändern muss, um ein friedliches Miteinander zu fördern und die Werte der Demokratie zu schützen.

Details	
Ort	Alexanderplatz, Berlin, Deutschland
Quellen	• www.tagesspiegel.de

Details

- www.bpb.de
- www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de